

# Geschichtsverein kritisiert Politik und Verwaltung

## „Verheerende Auswirkungen“: Resolution gegen Umzug des Museums und Kürzungen

Von Jörn Barke



Städtisches MuseumCH

Göttingen. Der Geschichtsverein für Göttingen und Umgebung hat in einer Resolution scharfe Kritik an Plänen von Rat und Verwaltung im Hinblick auf das Städtische Museum und das Stadtarchiv geübt. „Mit großer Sorge“ beobachtet der Verein, dass die Sanierung des Denkmalensembles am Ritterplan, in dem das Städtische Museum untergebracht ist, seit längerem stagniere, heißt es in der an Oberbürgermeister Rolf-Georg Köhler (SPD) und den Rat der Stadt gerichteten Resolution.

Dieses Areal am Ritterplan mit seinen Gebäuden und Gebäudeteilen aus dem 15. bis 19. Jahrhundert zähle zu den stadthistorisch und baugeschichtlich bedeutendsten Ensembles innerhalb des Walles, heißt es zur Begründung. Das Ensemble zu bewahren, angemessen zu sanieren und nach Möglichkeit für die Öffentlichkeit zugänglich zu halten, sei gesetzlicher Auftrag gemäß dem Niedersächsischen Denkmalschutzgesetz. „Wir fordern Politik und Verwaltung auf, diesem gesetzlichen Auftrag nachzukommen.“

Die Pläne der Verwaltung, das Städtische Museum in das ehemalige Gebäude der Voigtschule an der Bürgerstraße zu verlagern, werden in der Resolution entschieden abgelehnt. Der Standort Bürgerstraße sei vom „touristischen Lauf durch die Innenstadt“ abgeschnitten. Die Denkmalqualität des ehemaligen Schulgebäudes sei zudem deutlich geringer als die des Areals am Ritterplan: „Das Ensemble am Ritterplan wurde durch die über 125-jährige Nutzung als Museum tiefgreifend geprägt und ist selbst ein hochwertiges und vielschichtiges Zeugnis der Stadtgeschichte.“ Für das weit über Göttingen hinaus bedeutende Denkmalensemble sei die Nutzung als Städtisches Museum „die einzig angemessene“.

„Verheerende Auswirkungen“ befürchtet der Verein durch die geplanten finanziellen Kürzungen in Höhe von 180 000 Euro bei Museum, Stadtarchiv und den Kunstausstellungen im Alten Rathaus. Mit dem Geld will die Stadt die Hälfte der Betriebskosten für das geplante Kunstquartier Kuqua übernehmen.

Diese Kürzungen würden die Arbeits- und Funktionsfähigkeit der Bildungseinrichtungen Museum und Stadtarchiv „aufs schwerste beeinträchtigen, wenn nicht zerstören“. Der Geschichtsverein befürchtet „verheerende Auswirkungen“ für die Stadt: „Wir fordern Politik und Verwaltung daher auf, die Realisierung des ‚Kunstquartiers‘ nicht auf Kosten der bestehenden, ohnehin seit langem unterfinanzierten Bildungseinrichtungen Städtisches Museum und Stadtarchiv umzusetzen.“

Die Resolution wurde auf der Jahreshauptversammlung des Vereins verabschiedet und bislang von 108 Mitgliedern unterzeichnet. Weitere Unterstützer sollen demnächst die Möglichkeit haben, die Petition online auf der Homepage des Vereins zu unterzeichnen.